



Wollen nach Bern: Marcel Dobler, Barbara Keller-Inhelder, Yvonne Suter, Brigitte Bailer und Benedikt Würth (v.l.).

Bild Markus Timo Rüegg

Politiker präsentieren unpopuläre Massnahmen

Am Wahlpodium des Arbeitgeberverbandes See-Gaster geben sich die bürgerlichen National- und Ständeratskandidaten erstaunlich offen. Selbst Massnahmen, die weh tun, werden aufs Tapet gebracht.

von Fabio Wyss

Der Arbeitgeberverband See-Gaster hat gestern Abend zum Wahlpodium eingeladen. Im obersten Stock der Weidmann Holding AG in Rapperswil-Jona sollen bürgerliche National- und Stän-

deratskandidaten auf «Herz und Nieren geprüft werden», hiess es in der Einladung – und Moderator Linus Hofmann gelang das ordentlich. So sprach Ständerat Benedikt Würth offen über ein Tabuthema im Strassenverkehr: die Aufhebung des Nachtfahrverbots für Lastwagen. Er wisse, dass das vor dem Volk schwierig durchzusetzen sei. Dadurch könnten aber die Stosszeiten entlastet werden. Die technologischen Fortschritte der Lastwagen seien enorm; im-

mer weniger Emissionen verursachen sie. Würths Parteikollegin, die CVP-Kantonsrätin Yvonne Suter, präsentierte ebenfalls eine unpopuläre Massnahme. Bei ihr ging es um die Gesundheitskosten. «Es ist nicht auszuschliessen, dass Spitäler ihre Angebote kürzen müssen. Eventuell müssen sogar einzelne Spitäler im Kanton St. Gallen schliessen.» Angesichts der tiefroten Zahlen, die die kantonalen Spitäler schreiben, traf sie ein brandaktuelles Thema. Erst letzte Woche wurden die katastrophalen Halbjahreszahlen bekannt gegeben.

Die FDP und das Klima

Eigentlich standen aber am gestrigen Abend andere Politikfelder im Fokus: Umwelt und Verkehr; die Altersvorsorge sowie das Rahmenabkommen mit der EU. Die Kandidaten der FDP, Brigitte Bailer und Marcel Dobler, standen bei der Umweltpolitik etwas im Fokus. Während sich Nationalratskandidatin Bailer als eine der «umweltfreundlichsten Liberalen» betiteln darf, war man bei Doblere Positionen etwas mehr gespannt. Er stehe ganz klar zum Pariser Klimaabkommen. Mit der

im Ständerat diskutierten Erhöhung von zwölf Rappen auf den Liter Treibstoff könne er sich anfreunden. Die Flugticketabgaben müssten dahingegen überdacht werden. Diese seien sinnlos, solange der Flughafen Basel nicht davon eingeschlossen ist, sagte der amtierende Nationalrat, der neu auch für den Ständerat kandidiert.

Die einzige SVP-Vertreterin im Bunde war Barbara Keller-Inhelder. Sie stehe auf alleinigem Posten, sagte sie, als das Thema der Altersvorsorge angeschnitten wurde. Sie plädierte dafür, dass das Parlament bei der AHV besser zusammenarbeiten müsse. Tatsächlich widersprach sie wie angekündigt noch dem Grundtenor der Runde: «Oft wird die Zuwanderung als wichtig für die AHV genannt. Es muss aber gesagt werden, dass die Zuwanderer alle auch irgendwann AHV beziehen wollen.»

Höheres Rentenalter für Zöllner?

Bankerin Suter wagte beim Thema AHV, wie schon bei den Gesundheitskosten, eine pragmatische, aber heikle Aussage: Bundesbern müsse sich überlegen, gewisse Privilegien abzuschaffen. Damit meinte sie Angehörige

der Berufsarmee oder Zöllner, welche von einem tieferen Rentenalter profitieren. Beim Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU gab es fast Einigkeit unter den Kandidaten. Sie sprachen sich gegen eine Unterzeichnung des Rahmenvertrags aus, insofern die Bedingungen gleich bleiben. Eine Ausnahme gab es: Brigitte Bailer. Die Wirtschaftsinformatikerin sagt, sie habe sich intensiv mit dem Vertragsstück auseinandergesetzt. Sie sehe die Problematik ein, auch für ihr eigenes KMU-Unternehmen, aber: «Vieles in diesem Vertrag ist eher zugunsten der Schweiz.» Einen Schweizer Brexit gelte es zu vermeiden.

Zu guter Letzt hatten die rund 30 Besucher des Wahlpodiums Gelegenheit, Fragen zu stellen. Dabei öffneten sich die Parlamentarier zum Lobbyismus. «Der Druck in Bern ist nicht vergleichbar mit der kantonalen Politik», bestätigte Regierungs- und Ständerat Würth. Nationalrätin Keller-Inhelder nannte das als eines der grössten Probleme der Schweizer Politik und lobte FDP-Mann Dobler, der auf ein Verwaltungsratsamt verzichtete, um weiter frei zu politisieren.

Mehr Grün in Eschenbach gefordert

Heute Freitag ist internationaler «Park(ing) Day». Auch in Eschenbach werden getreu der Idee auf dem Sternplatz zwei Parkfelder umgenutzt. Thementafeln laden Passanten zum Informieren und Nachdenken ein, Parkbänke fehlen in der Pop-up-Wiese ebenso nicht wie ein Marktstand, an dem auf das reichhaltige Angebot der Natur hingewiesen wird. Das alles auf kleinstem Grund – eine Miniwelt, die zeigt, wie ein Dorfkerne aussehen könnte. Frei begehbar und nutzbar.

Die SP Schmerikon-Eschenbach betreibt diese Miniwelt heute den ganzen Tag mit der Fussverkehr-Schweiz-Lokalgruppe Eschenbach und den Mitgliedern von depo-nie.ch. Lebensqualität sei höher zu werten als motorisierter Verkehr, teilen die Organisatoren mit. 16 Jahre nach Eröffnung der A53 seien die flankierenden Massnahmen noch nicht umgesetzt. In Eschenbach solle und müsse an den Langsamverkehr gedacht werden. Eschenbach brauche Biodiversität. Mehr Grün statt Asphalt. Parkplatzbewirtschaftung statt Grünflächenversiegelungen. Nur so bleibe Eschenbach seinem Slogan «Landluft in Stadtnähe» treu. (eing)

Besteck-Sets nähren gegen Plastikmüll

In Rapperswil-Jona werde an zahlreichen Events und Veranstaltungen mit der Take-away-Gastronomie viel Einmal-Besteck verbraucht, mit langfristigen Folgen für die Umwelt, teilt die UGS Rapperswil-Jona mit. Die Grünen setzen sich darum für weniger Plastikabfall ein: Morgen Samstag werden von den Mitgliedern der UGS Rapperswil-Jona von 9.30 bis 15.30 Uhr an der Molkereistrasse in Jona individuelle Besteck-Sets für Party und Alltag genäht.

Zum Einsatz kommen Tisch- und Küchentücher sowie Besteck aus dem Brockenhaus. Fixfertige Sets gibt es an der Standaktion gegen eine kleine Spende. Wer möchte, kann unter Anleitung an der mechanischen Nähmaschine selber Hand anlegen. Grüne Politik heisse vermeiden und wiederverwerten statt wegwerfen und verbrennen, heisst es in der Mitteilung weiter. In der Schweiz würden jedes Jahr 780 000 Tonnen Kunststoff im Abfall landen. Gerade mal etwa zehn Prozent davon (80 000 Tonnen) würden recycelt. (eing)

www.gruene-sg.ch/besteckset

National- und Ständeratswahlen

Im Fokus

REISEGENUSS ADVENT & FESTTAGE

Reisen in guter Gesellschaft 
TWERENBOLD

Twerenbold Reisen AG
Im Steiacher 1
CH-5406 Baden-Rütihof

Buchung und Information
Telefon +41 (0)56 484 84 84
www.twerenbold.ch



INSERT